



# Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLETT DER PARTEI DIE LINKE. FRANKFURT (ODER)

SONDERAUSGABE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

**DIE LINKE.**

SPENDENBEITRAG AB 0,50 €

## Kommentar

### Spitzenfrauen und Spitzenmann

Vermutlich würden Katja Kipping, Dagmar Enkelmann, Diana Golze und Thomas Nord zu diesem Attribut in der Überschrift Einwände geltend machen. Aber, für mich sind sie es! Die Genannten habe ich bei Wahlveranstaltungen in Frankfurt (Oder), Potsdam, Berlin und Bernau erlebt. Ihre Auftritte haben mich und hunderte Besucher der Wahlveranstaltungen überzeugt, ihnen sollte deshalb unser Vertrauen und unsere Stimme am 22. September gehören. Ich erlebte Katja, Dagmar, Diana und Thomas als Kandidaten für den Deutschen Bundestag, die im Sinne unseres Partei- und Wahlprogrammes überzeugend und ihren Zuhörern verständlich erklärten, wofür DIE LINKE kämpft und vor allem, dass gesellschaftliche Veränderungen nur mit uns möglich sind. Aus aktueller Sicht, nicht nur mit dem Blick auf Syrien, fand die grundsätzliche Position der Linken, Kriege sind niemals ein Mittel zur Lösung von Konflikten, vorbehaltlose Zustimmung. Und, dass 100 % sozial nur mit und durch die Linke erreichbar sind und unseren Kandidaten auch deshalb unsere Stimme gilt, davon sind zunehmend mehr Wähler überzeugt. Das hängt, hier schließt sich der Kreis zu Spitzenfrauen und Spitzenmann, mit deren Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft zusammen.

Erik Rohrbach



Thomas Nord, Direktkandidat der LINKEN für die Wahl des Deutschen Bundestages im Wahlkreis 63

## Mein Name für Thomas Nord

Wahlkampf ist eine sehr persönliche Sache – für jede und jeden, die oder der wahlkämpft. Man stellt sich selbst in den Dienst einer Sache, an die man glaubt, von der man überzeugt ist. Man opfert Zeit und Kraft und: ja, man steht auch mit seinen Namen für etwas ein. Deshalb geht es mir immer so: Bevor ich in den Wahlkampf ziehe, frage ich mich, ob ich zu meiner Partei, zum Wahlprogramm, vor allem aber zu den Kandidatinnen und Kandidaten Vertrauen habe. Ob ich zu den Inhalten stehen kann.

Mir fällt es leicht, all diese Fragen mit einem klaren „Ja“ zu beantworten. Es sind die Inhalte, für die wir seit Jahren konsequent stehen – gegen die anderen Parteien, an der Seite der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Umso leichter fällt es mir, in einen Wahlkampf zu ziehen gegen eine Bundesregierung, die für die europäische Spaltung, für Sozialdumping und Bankenrettungsschirme steht. Gegen eine SPD, die unsere linken Forderungen übernimmt, aber bei

jedem einzelnen unserer Anträge im Bundestag gegen sie gestimmt hat. Gegen Grüne, deren Wertekanon sich vor allem an einem orientiert – der nächsten Machtopion.

Aber vor allem fällt es mir leicht für Forderungen in den Wahlkampf zu ziehen, die nichts weniger sind als ein Gebot des Anstandes und der politischen Vernunft. Für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, für eine solidarische Gesellschaft, für gute Löhne. Für eine Partei, die sich lieber durch hunderttausende SympathisantInnen finanzieren lässt als sich in die Abhängigkeit von Konzernspenden zu begeben. Für eine Partei, die als einzige für eine konsequente Friedenspolitik eintritt und für die Antifaschismus nicht nur eine Pflichtformel, sondern gelebte Überzeugung ist.

In Frankfurt (Oder) haben wir dazu mit Thomas Nord einen Kandidaten, der für genau diese Inhalte steht wie kaum ein anderer. Als ehemaliger Lan-

desvorsitzender der LINKEN in Brandenburg, als Europapolitiker im Bundestag und als engagierter Abgeordneter im Wahlkreis. Thomas ist weder Sprüche-, noch Schulterklopper, weder Traum-, noch Feuerwehrballtänzer. Thomas ist ein Arbeiter, der Leute mit Argumenten überzeugen will, nicht mit Wahlkampffolklore, der sich für unsere Stadt und unsere Region krumm macht – mit guten Ideen.

Ein Soli für strukturschwache Regionen, die auskömmliche Finanzierung von Kommunen, um sie lebens- und liebenswert zu erhalten, der Kampf für gleiche Renten für gleiche Lebensleistung und gleiche Löhne für gleiche Arbeit. Thomas Nord ist eine weithin hörbare Stimme in Berlin. Diese Bundespolitik hat einen wie ihn verdient. Für ihn ziehe ich gern in den Wahlkampf.

René Wilke  
Kreisvorsitzender  
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Unser Vertrauen für Thomas Nord und DIE LINKE

→ SEITE 2 - 3

Termine

→ SEITE 2

Interview mit Thomas Nord

→ SEITE 6

Aktuell: Syrien-Konflikt

→ SEITE 8

# Unser Vertrauen für Thomas Nord und

# DIE LINKE.

Ich kenne und schätze Thomas Nord als einen politisch erfahrenen, in seinem Auftreten überzeugenden, die Sprache der Menschen sprechenden Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker. Für mich wäre es deshalb folgerichtig, dass Thomas

Nord erneut das Direktmandat gewinnt und auch unsere Frankfurter Stadtinteressen weiterhin erfolgreich im Deutschen Bundestag vertritt.

*Dr. Claudia Possardt*

Das Thomas Nord erneut zur Wahl in den Deutschen Bundestag antritt ist für mich eine logische Konsequenz seiner bisherigen erfolgreichen Arbeit als Abgeordneter im Auftrage seiner Wählerinnen und Wähler. Ich kann es auch so sagen: Mit Thomas Nord ist der Deutsche Bundestag um einen langjährigen, sehr erfahrenen und überzeugend sprechenden und die Interessen seiner

Wählerinnen und Wähler immer ernst nehmenden Abgeordneten reicher. Das Wort Volksvertreter ist für Thomas Nord keine Worthülse sondern trifft voll zu. In vielen Kommentaren im Roten Hahn habe ich unterstrichen, mein Vertrauen und meine Stimme gehört ihm, weil es keinen Besseren für uns geben kann.

*Erik Rohrbach*

Wir wählen die Partei DIE LINKE und Thomas Nord, weil wir seit Gründung der PDS und jetzt DIE LINKE Mitglied sind. Wir sind davon überzeugt, dass die Abgeordneten unserer Partei sich auch nach der Wahl konsequent dafür einsetzen, dass zu realisieren, was

in unserer Partei – und Wahlprogramm steht. Thomas Nord geben wir gern unsere Stimme, weil wir ihn als kulturvollen, solidarischen Genossen schätzen, der sich konsequent für soziale Gerechtigkeit einsetzt.

*Erika und Wolfgang Schmidt*

Treffe ich Nachbarn, Bekannte und Freunde, bringe ich das Gespräch auf politische Themen um zu erfahren, wie ihre Meinung zur Bundestagswahl ist. Ich stelle fest, das Interesse ist nicht besonders groß. Ich versuche in den Gesprächen meine Meinung offensiv zu vertreten. Wer die CDU oder FDP wählt, unterstützt weiterhin Kriegseinsätze, die Reichen erhalten Steuergeschenke, ihre Kinder haben bessere Entwicklungs- und Bildungschancen. Wähle ich die SPD oder die Grünen mit ihren vielen Versprechungen wie Mindestlohn oder gleiche Lebensverhältnisse überall in Deutschland.... Doch, wofür setzen sie sich nach der Wahl ein?

DIE LINKE kämpft schon seit Jahren für Frieden und gegen Kriegseinsätze, für einen lebenssichernden Mindestlohn, für soziale Gerechtigkeit, für die Angleichung der Renten in Ost und West und für gleiche Bildungschancen. Meine Antwort ist klar: Ich wähle am 22. September DIE LINKE und Thomas Nord.

*Anita Jenichen*

Warum ich am 22. September DIE LINKE wählen werde:

- weil sie die einzige Partei sind, die zuerst an die Menschen (das Volk im besten Sinne) und dann erst an die Parteibelangen denken;
- weil sie mit ihrer Beharrlichkeit und Konsequenz viele der Notwendigkeiten durchsetzen, z. B. Antikriegshaltung, Mindestlohn...
- weil unsere Kinder das Recht auf ein flächendeckendes einheitliches Bildungssystem haben (weg von der föde-

ralen Bildungspolitik der Frau Merkel)  
- weil damit auch gewährleistet werden kann, dass einheitlich Schulbücher auf leichtem holzhaltigem Papier gedruckt werden. Die Schulranzen unserer Jüngsten würden leichter, was spätere Rückenprobleme ausschließen würde;  
- weil sie als einzige Sorge trägt, das Grundgesetz, zumindest im § 1 von der unantastbaren Würde des Menschen, einzuhalten;  
- weil sie in diesem Machtrausch und der Geldgier auf dem Boden bleibt und Alternative aufzeigt und lebt.

*Gisela Unglaube*

Es vergeht kein Tag, ohne dass ich von Korruption, Bereicherung, Betrug und Ungerechtigkeit höre und lese. Dazu kommt, dass Politiker lügen, dass sich die Balken biegen. Da gefällt mir Gregor Gysi. Er und seine Mitstreiter sagen, was wirk-

lich ist, wo die Ursachen zu suchen sind und wie die Politik verändert werden kann. Daher werde ich am 22. September Thomas Nord und die Linkspartei wählen, auch wenn ich ihr nicht angehöre.

*Rita Kowal*

Ich wähle DIE LINKE und Thomas Nord, weil sich diese Partei und der Bundestagsabgeordnete für ein friedliches, demokratisches und sozial orientiertes Deutschland einsetzt, wie ich das bei keiner anderen Partei in der Bundesrepublik Deutschland in ihren Wahlprogrammen erkennen kann.

*Günter Waap  
(parteilos)*

Unser Kandidat: Thomas Nord



Warum wählen wir Links, auch wenn wir keine linke Mitgliedskarte haben. Weil die Partei DIE LINKE die einzige Partei ist, die konsequent gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr ist. Wir gehören der Generation an, die den grausamen 2. Weltkrieg miterlebten. Wir schworen uns damals, Krieg darf nie mehr von deutschem Boden ausgehen. Und doch stimmten die Parteien im Bundestag, außer den Linken, solchen Kriegseinsätzen wieder zu. Und wir wählen links, weil die Partei „Die Linken“ konsequent für soziale Gerechtigkeit

eintritt und fordert, den Mindestlohn für alle Berufsgruppen einzuführen, den menschenunwürdigen Zeitlohn und die Minilöhne abzuschaffen und alle schaffenden Menschen in unserem Land der Milliardäre und Billionäre über ein erarbeitetes Einkommen bzw. Rente verfügen ohne Aufstockung leben zu können und die unwürdigen „Tafeln“ abgeschafft werden können. Wir erwarten, dass die Partei „Die Linken“, als Sprachrohr für Frieden, Recht und soziale Gerechtigkeit, eine starke Opposition im Bundestag ist.

Margarete und Werner Krause

Thomas Nord kenne und schätze ich schon mehrere Jahre und erinnere mich gern an sein Auftreten in Gesamtmittgliederversammlungen, unseren Brückenfesten und öffentlichen Veranstaltungen wie zum Neujahresempfang oder der Ehrung für Stefan Heym.- Einer, der nie schwieg. Sein gesprochenes Wort ist verständlich aber von einer tiefen Ana-

lyse der gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt, die ihm eigen ist. Kurzum, Thomas Nord überzeugt durch sein Auftreten und ich kann mir keinen besseren Kandidaten vorstellen, der für unsere Interessen im Deutschen Bundestag in Wort und Tat eintritt.

Hannelore Rohrbach

Ich bin Michael Stenzel, parteilos und habe noch nie einer Partei angehört. Ich verfolge des Öfteren die Bundestagsitzungen im Fernsehen und das, was die Bundestagsabgeordneten der Linken in ihren Diskussionsbeiträgen bringen,

bin ich vollkommen mit einverstanden und deshalb bekommt zur diesjährigen Bundestagswahl im September meine 1. Stimme Thomas Nord und die 2. Stimme bekommt die Partei DIE LINKE.

Michael Stenzel

Politik ist nicht mein Fall. Jedoch erhält Die Linke am 22. September meine Stimmen, weil Mitglieder dieser Partei mir stets mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Simone Viert

Schluss mit Kriegseinsätzen der Bundeswehr, mit Steuergeschenken für die Superreichen, Feierabend mit den bisherigen Hartz-Gesetzen und den 1 EURO -Jobs. Dagegen endlich gleicher Lohn und gleiche Rente in Ost und West. Das sind einige der Kernforderungen der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl und es sind auch meine. Selbstverständlich, dass ich dieser Partei und ihrem Direktkandidaten meine Stimme gebe.

Werner Schleese  
(DKP)

## 100% SOZIAL!

Unser Wahlprogramm und alle weiteren Informationen zur Bundestagswahl finden Sie im Internet unter:

<http://bit.ly/15K8yjE> oder scannen Sie den QR-Code mit Ihrem Smartphone.

Kein Internet? Wenden Sie sich gerne an unsere Kreisgeschäftsstelle.



## Termine zur Bundestagswahl 2013

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

12. September, 10:00 - 12:00 Uhr

### Infostand Neubesinchen

Platz vor dem Einkaufszentrum (HEP), Birkenallee, Frankfurt (Oder)

URANIA e.V.

12. September, 16:00 - 19:00 Uhr

### Kandidatendiskussion der Urania

Europa Universität, Gräfin-Dönhoff-Gebäude, HS1

13. September, ab 17:00 Uhr

### Kurze Nacht der Frankfurter Museen

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

14. September, 10:00 - 12:00 Uhr

### Infostand Zentrum

vor dem Haupteingang des Einkaufszentrums „Lenné-Passagen“, Karl-Marx-Straße, Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

14. September, 10:00 - 12:00 Uhr

### Infostand Süd

am Einkaufszentrum „Südringcenter“ A.-Leonow-Str., Frankfurt (Oder)

Linksjugend 'solid Brandenburg

17. September, 18:00 Uhr

### Jugendwahlkampf mobil in Frankfurt (Oder) Abendveranstaltung: Filmvorführung mit Diskussion

Studierendenmeile, Große Scharnstraße, Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

18. September, 10:00 - 12:00 Uhr

### Infostand Mehring-Straße

an der Kaufhalle „Nahkauf“, Franz-Mehring-Straße, Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

19. September, 10:00 - 12:00 Uhr

### Infostand Zentrum

vor dem Haupteingang des Einkaufszentrums „Lenné-Passagen“, Karl-Marx-Straße, Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

19. September, 10:00 - 12:00 Uhr

### Infostand Neubesinchen

Platz vor dem Einkaufszentrum (HEP), Birkenallee, Frankfurt (Oder)

20. September

### Beginn des 48h-Wahlkampfes

Verschiedene Wahlkampf-Aktionen  
Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

20. September, 16:00 - 18:00 Uhr

### Infostand Süd

am Einkaufszentrum „Südringcenter“ A.-Leonow-Str., Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

21. September, 10:00 - 12:00 Uhr

### Infostand Zentrum

vor dem Haupteingang des Einkaufszentrums „Lenné-Passagen“, Karl-Marx-Straße, Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

21. September, 10:00 - 12:00 Uhr

### Infostand Süd

am Einkaufszentrum „Südringcenter“ A.-Leonow-Str., Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Brandenburg

21. September, 17:00 Uhr

### Wahlkampfabschluss der Landespartei mit Gregor Gysi

Brandenburg an der Havel

22. September

### Wahl des 18. Deutschen Bundestages

GEHEN SIE WÄHLEN - JEDE STIMME ZÄHLT!

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

22. September, 17:00 Uhr

### Wahlparty

Bistro/Café 1B, Gartenstraße 1b, Frankfurt (Oder)

## WahlSplitter

### TATKRÄFTIGE HILFE

➔ Dank und unsere Anerkennung sagen wir allen Genossinnen und Genossen aus den Basisgruppen, die mit hoher Einsatzbereitschaft die Plakatierung in unserer Stadtorganisierten und durchführten.

### HERZLICH WILLKOMMEN

➔ Wir begrüßen Frau **Jana Rüger** in unserer Partei, die in der Wahlvorbereitung Mitglied wurde.

### GEMEINSAM ERFOLGREICH

➔ **René Wilke, Erik Rohrbach** und **Werner Kulla** berieten bei unseren regelmäßigen Treffen mit Vertretern linker Kräfte in unserer Stadt über die politische Unterstützung des Wahlkampfes unserer Partei und für **Thomas Nord** sowie der Weiterführung der Unterschriftensammlung „Ehre, wem Ehre gebührt!“ für **Fritz Krause**. **René Wilke** dankte den Teilnehmern herzlich für ihr politisches und persönliches Engagement zur Ehrung unseres Genossen **Fritz Krause**, dessen erster Todestag am 9. August war.

### ANERKENNUNG

➔ Die Reise nach Straßburg auf Einladung von **Thomas Nord** vermittelte unseren Teilnehmern viel Kraft für den Bundestagswahlkampf. Unser Dank gebührt Genossen **Dietrich Schenk** für seine Fotos von der Reise und seiner Ehefrau, Genossin **Senta Schenk**, die von dieser Fahrt zum Europaparlament und -rat eine Tafel gestaltete.

### BESONDERER DANK

➔ Der Kreisvorstand bedankt sich bei Herrn **Wilfried Matthes**, parteilos, für seine Bereitschaft, den Wahlkampf der Partei DIE LINKE tatkräftig zu unterstützen, was er auch tat.

### KATJA KIPPING SAGT „DANKE“

➔ Herzlich bedankte sich unsere Parteivorsitzende **Katja Kipping** beim Wahlauftritt DIE LINKE in Potsdam für das ihr von **Erik Rohrbach** im Auftrage des Kreisvorstandes überreichte Miniaturbuch „Das bleibt von Fritz“. Sie erneuerte im Gespräch ihre Bereitschaft, zu einem „Treffen mit Autoren der Roten Feder“ zu uns zu kommen.

### LUSTIGES GESPRÄCH

➔ Zum Wahlkampfauftakt der LINKEN in Potsdam hatten wir neben dem Roten Hahn auch unser begehrtes Miniaturbuch „Das bleibt von Fritz“ mitgenommen. Ein Besucher sah sich diese Edition besonders interessiert und lange an. Ich dachte, das ist vom „Alten Fritz...“. Im Dialog des Besuchers mit **Hubert Richter** gab es schnell Übereinstimmung, dass uns mit dem Potsdamer „Alten Fritz“ kaum etwas verbindet, was allen Beteiligten ein herzhaftes Lachen entlockte.

# Anita Tack zu Besuch in der BO Nord

Unser Ziel: wir wollten durch ein Gespräch mit der Ministerin besser für den Wahlkampf gerüstet sein. Unser Bundestags-Wahlkampfprogramm steht bekanntermaßen unter dem Motto "100% sozial". Und wir LINKEN gehen von einem "Gerechtigkeitsverständnis" aus, das alle Menschen einschließt. Anita Tack dazu: das trennt uns meilenweit von dem Bundesgesundheitsminister, Herrn Bahr - FDP -, der ganz offen eine 2-Klassen-Medizin ansteuert und der eine Lobby - Politik für die Pharmaindustrie betreibt. Unser Ziel ist eine Bürgerversicherung für alle, in die auch alle einzahlen. Wir verstehen die Staatliche Gesundheitsversorgung als Daseinsvorsorge, als Menschenrecht.

Im Gesundheitswesen in der BRD gibt es eine Verantwortungsteilung. Die Landesregierung ist für die Krankenhäuser - und die Kassenärztliche Vereinigung für die gesundheitliche und medizinische Versorgung durch Ärzte verantwortlich. Die Krankenhäuser in Brandenburg haben in dieser Legislaturperiode rd. 400,- Mio. € Investitionsmittel zur Verfügung. Grundlage ist der Landeskrankenhaushausplan, der für jedes Krankenhaus die Abteilungen und die Anzahl der Bettenplätze regelt. Eine Fortschreibung ist geplant. Anita Tack informierte uns, dass 20f 20 jeder 4. Brandenburger über 65 Jahre alt sein wird. Die Anzahl der Kinder sinkt weiter. Der Anteil der psychiatrischen Behandlungen wächst. Die Altersmedizin muss unbedingt gestärkt werden. Ihr Ministerium versucht, die Trennung zwischen ambulanter und klinischer Betreuung abzubauen, was vor allem die medizinische Versorgung auf dem flachen Land verbessern soll. Sie hob die positiven Erfahrungen mit dem Patientenbus - Modell in MOL hervor. Im Landesprojekt "Agnes II" erhielten schon 60 Schwestern eine Extra - Qualifizierung. Ihre Finanzierung und Anbindung läuft nach verschiedenen Modellen. Gemeinsam mit der Charité Berlin wurde in Brandenburg die Telemedizin eingeführt - z. Zt. 3 Anbieter. Über sie erfolgt eine Ferndiagnose, eine Rundumbetreuung, was den betreffenden Patienten mehr Sicherheit schafft. Das Bündnis "Gesund älter in Brandenburg" hat z. Zt. 34 Partnerorganisationen. Es existieren 3 Arbeitsgruppen - Mund-

gesundheit, altersgerechter Alltag in den Kommunen, Mobilität im Alter. Hier gehe es ihr um weitere kommunale Untersetzung. Die Ministerin hatte auf eine Reihe von Fragen aus der BO zu antworten, u. a. ob nicht ein engeres Bündnis mit der Dr. Rath - Initiative zur Zurückdrängung der neuen Volkskrankheiten denkbar wäre? Ihr Ministerium unterstützt diese Bemühungen voll. Sie plädieren für ein Bundespräventionsgesetz, das die Krankenkassen anhält, Präventionsleistungen zu bezahlen und nicht erst einzusteigen, wenn Krankheiten schon akut sind. Ein 1. Gesetzentwurf von Herrn Bahr wurde von den Ländern als unzureichend zurückgewiesen. Wie steht es mit dem Alkohol- und



Anita Tack | FOTO: JOACHIM LIEBE

Drogenmissbrauch - leider auch bei Kinder und Jugendlichen? Mit dem Drogengeschäft werden Millionen - Gewinne gemacht. Der Kampf dagegen ist mühsam. Es läuft in einigen 9. und 10. Klassen ein Projekt "lieber schlau als blau..." - mit Erfolg. In Brandenburg ist das Koma saufen zurückgegangen. Welchen Einfluss hat das Ministerium auf die Kassenärztliche Vereinigung im Land? Wie geschieht die Förderung ärztlicher Niederlassungen auf dem Lan-

de? Die Kassenärztlichen Vereinigungen haben einen gesetzlichen Auftrag. Staatlich gibt es offiziell keine Einflussmöglichkeit. Hier in Brandenburg haben wir uns zusammengerauft, das hat einige Zeit gedauert. Jetzt findet 2x im Jahr ein Spitzengespräch statt. Gemeinsame Positionen zur Förderung von Gemeinschafts- und Bereitschaftspraxen. Das Bundesgesetz erlaubt jetzt, Bündnisse in den Ländern aller am Gesundheitswesen Beteiligten zu bilden. Anita Tack empfiehlt, dass die LINKEN kommunale Konzepte für die gesundheitliche Versorgung erarbeiten, anregen und dazu mit vielen Beteiligten das Gespräch suchen. Junge Ärzte auf dem Land, heute nicht vordringlich ein finanzielles, sondern ein Problem von zu sichermendensichernden "Lebensqualität". In machen Kreisen gibt es jährliche Praxisübergabe -Treffen. (Anbieter- Übernahmeverinteressierter).

Günther Wullekopf

# „Gemeinsam erfolgreich“

So ist es auf einem in Frankfurt (Oder) dominierenden Wahlplakat der CDU unter dem Bild einer gut gelaunten Angela Merkel zu lesen. Einfach und einprägsam. Sicher so gewollt. Text und Bild können auch nachdenklich machen. Das ist wahrscheinlich nicht so gewünscht.

Das die Vorsitzende der CDU sich eine ungestörte Gemeinsamkeit von Armen und Reichen wünscht, die sie als Bundeskanzlerin weiter regieren möchte, ist nicht anzuzweifeln. Mit der Verteilung des Erfolges der Arbeit von Millionen Menschen verhält es sich allerdings anders. Angela Merkel regiert acht Jahre. Eine Wahlperiode die Große Koalition von CDU/CSU

und SPD und seit 2009 gemeinsam mit der FDP. Erfolgreich waren in beiden Legislaturperioden die Banken. Als die 2008, von der Politik gefördert, in maßlosen Spekulationsgeschäften verzockt die Finanzkrise auslösten, standen ihnen die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister Steinbrück in der „Not“ mit Steuergeldern zur Seite. Die Großaktionäre und Spekulanten wurden nicht angefasst. Die Banken gehen weiter fast ungestört Spekulationsgeschäften nach. Das Thema wurde sprichwörtlich mit einem „drohenden Zeigefinger“ der Bundeskanzlerin abgehakt. Erfolgreich sind die großen Konzerne, die basierend auf Lohndumping, im Exportgeschäft hohe Gewinne realisieren, mit denen sie an den Börsen spekulieren. Vorne an die Rüstungskonzerne, die mit Billigung der Bundesregierung sogar in Länder, in denen der Bürgerkrieg tobt, exportieren. Erfolge verbuchen große Finanzinvestoren und Immobilienriesen, die immer mehr krisenfestes Betongeld sowie Grund und Boden anhäufen und durch Gesetzgebung gefördert, die Mietenschraube nach oben drehen. In den letzten zwei Jahren erhielten sie mindestens 65 000 Wohnungen aus der öffentlichen Hand. Unter dem Schutzschirm von Rot-Grün, Großer Koalition und Schwarz-Gelb ist, auch Dank mehrfacher Senkung des Spitzensteuer-

satzes und anderer Steuergeschenke, die Zahl der Millionäre auf fast eine Million gestiegen.

Der Erfolg des wirtschaftlichen Aufschwungs ist, da die Reallöhne während der letzten zehn Jahre um 2 % gesunken sind, denen, die ihn erarbeitet haben, nicht zugutegekommen. Betroffen sind vor allem die mehr als 10 Millionen Niedriglöhner, Leih- sowie Zeitbeschäftigte und Hartz IV Empfänger, ganz zu schweigen von der Million Menschen die auf Tafeln angewiesen ist und den über 30 000 Wohnungslosen. Die Angleichung der Ostrenten im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP enthalten, hat die Bundeskanzlerin

sich nach einem langen Arbeitsleben im Alter mit einer niedrigen Rente einschränken muss, findet er sehr ungerecht. Immer in Hoffnung habe er verschiedene Parteien, die regierten, gewählt. Enttäuscht gehöre er nun zu den Nichtwählern, wie auch sein Sohn, der schon mehrmals arbeitslos war und jetzt als Geringverdiener, gar nicht an seine spätere Rente denken mag. Auf meine Frage, ob sie sich nun mit Ungerechtigkeiten abzufinden gedenken, meinte er, eigentlich nicht. Dass Die Linke u. a. eine soziale Grundsicherung sowie eine Mindestrente von 1050 Euro netto fordert, sei ihm nicht bekannt. Damit könnte er leben. Nun werde er doch zur Wahl gehen und

wenn die Linkspartei nach der Wahl nicht im Bundestag zu den im Wahlprogramm enthaltenen sozialen Aussagen steht, seinen Ärger an mir auslassen. Ich sagte ihm, dass er mich beim Wort nehmen könne, weil ich sicher bin, dass Die Linke ihr Wort hält. Eine starke linke Bundestagsfraktion, Gewerkschaften, Sozialverbände und Bürgerinitiativen können gemeinsam der Umverteilung von unten nach oben Grenzen setzen. Die Linke setzt sich dafür ein, dass wirt-

schaftlicher Erfolg denen zugutekommt, die ihn mit Hand und Verstand erarbeiten. Jede Stimme für die Liste 1, Direktkandidat Thomas Nord und Die Linke zählt.

Dr. Horst Dahlmann

## Revolution?

Nein, einfach zeitgemäß: 10 Euro Mindestlohn sofort per Gesetz, 1050 Euro Mindestrente, Millionärsteuer einführen, Energie und Mieten für alle bezahlbar, Mindestsicherung statt Hartz IV, Waffenexporte verbieten!

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

**DIE LINKE.**

vergessen. Trotz wirtschaftlichen Booms ist die Verschuldung der Städte und Gemeinden in den letzten fünf Jahren von 111 auf 130 Milliarden Euro gestiegen. Die Zahl derer nimmt zu, die kaum noch imstande sind, Pflichtaufgaben zu bewältigen.

Wunschpartner der Bundeskanzlerin für weiteres gemeinsames Regieren ist die FDP, für die Soziales fast ein Unwort ist. Sollten die Stimmen für die FDP nicht reichen, steht die SPD als Ersatz bereit. Angela Merkel hat das vorsorglich nicht ausgeschlossen und die gute Zusammenarbeit mit Peer Steinbrück als Finanzminister in der Großen Koalition gewürdigt.

Kürzlich erzählte mir ein Bekannter, dass er nach Jahren Hartz IV Bezug vom Job-Center zur Rente mit 63 Jahren mit Abzügen gedrängt wird, da er als Maurer schon lange nicht mehr vermittelbar ist. Dass er

**Am 22. September:  
100% sozial wählen!**

**DIE LINKE.**

# „Die begonnene Arbeit fortsetzen“

Interview mit Thomas Nord, Direktkandidat der Partei DIE LINKE im Bundestagswahlkreis 63



haft über einen Mindestlohn reden, ist ein Erfolg unserer Politik. In der nächsten Wahlperiode kämpfen wir für einen parlamentarischen Beschluss. Das Menschen mit einer Vollzeit-Arbeit noch um staatliche Unterstützung betteln müssen, das muss aufhören.

*Wie stehen Sie zu dem Beschluss über die Rente mit 67?*

Die Rente mit 67 ist ein politischer Skandal. Das eine ehemalige Arbeiterpartei diesen Beschluss eingebracht hat, ist für mich unverständlich. Im Praktischen läuft es auf eine massive Rentenkürzung heraus. Dann wurde auch das Rentenniveau auf 43% abgesenkt, beides zusammen sind Maßnahmen, die zu einer ausufernden Altersarmut führen. Wir wollen eine Rente spätestens ab 65, ein Rentenniveau von 53% und eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro.

*Wo wir grad beim Thema sind, was sagen Sie zu den unterschiedlichen Lohn- und Rentenhöhen in Ost und West?*

Bald 25 Jahre nach der deutschen Einheit werden Lebens- und

Arbeitsleistungen von Ost- und Westdeutschen unterschiedlich gewertet. Für die gleiche Arbeitszeit und den gleichen Rentenbeitrag bekommt ein Mensch im Osten über 100 Euro weniger im Monat. Bundeskanzlerin Merkel hat 2009 versprochen, dass diese Ungleichheit abgeschafft wird. Aber sie hat in ihrer Regierungszeit nichts dafür getan. Diese politisch gewollte Demütigung muss abgestellt werden. Wir wollen, dass in ganz Deutschland für gleiche Leistung gleicher Lohn und gleiche Rente bezahlt wird.

*In Syrien wird seit zwei Jahren ein Bürgerkrieg ausgetragen, die politischen Großmächte stehen sich in ihren Antworten für eine Lösung gegenüber. Wie bewerten Sie die aktuelle politische Lage in Syrien?*

Die aktuelle Lage im Bürgerkrieg ist hochdramatisch. Es ist gut, dass die UN die Gebiete untersucht hat, in denen die Angriffe durchgeführt wurden. Allerdings ist dadurch nicht klar, wer dafür verantwortlich ist. Das zu klären, ist Sache des Internationalen Strafgerichtshofes. Ein Militäreinsatz

der USA ohne UN-Mandat wäre Selbstjustiz, das unterläuft jeglichen rechtsstaatlichen Anspruch. Mit Bomben schafft man keinen Frieden. Wenn Assad jetzt seine Chemiewaffen unter UN Kontrolle gibt, ist das eine kluge Reaktion. Syrien muss der Chemiewaffenkonvention von 1997 unverzüglich beitreten.

*Eine letzte Frage Herr Nord, was werden Sie am Wahltag machen?*

Selbstverständlich werde ich wählen gehen. Nach einem langen Wahlkampf werde ich am Nachmittag einen ausgedehnten Spaziergang machen. Abends bin ich im Wahlkreis unterwegs. Gregor Gysi wünscht sich 10 % als Wahlergebnis. Mit Ihrer Hilfe schaffen wir das. Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für Mindestlohn, für Rentengleichheit und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Gehen Sie wählen.

Das Interview führte Peter Frigger

## NACH REDAKTIONSSCHLUSS:

→ Dr. Dagmar Enkelmann, Bundestagsabgeordnete und Direktkandidatin der LINKEN im Wahlkreis 59, hatte am 9. September Erik Rohrbach als Gesprächspartner nach Bernau eingeladen. Im Mittelpunkt dieser Wahlveranstaltung standen unsere Erfahrungen bei "Greift zur Feder, Genossen!", die sie in ihrem Wahlkreis nutzen möchte. Dr. Enkelmann drückte ihren Dank und ihre Wertschätzung für alle Frankfurter Autorinnen der "Roten Feder" aus Sie übermittelte herzliche Grüße an René Wilke und alle WahlkämpferInnen in Frankfurt (Oder) Sie wünscht Thomas Nord den Gewinn des Direktmandates und den erneuten Einzug in den Bundestag.

## THÄLMANN-EHRUNG 2013

Ganz im Zeichen der Bundestagswahlen am 22. September 2013 stand die Thälmann-Ehrung am 18.08.2013, an der über 50 GenossInnen und FreundInnen teilnahmen.

Sprecher für DIE LINKE. Frankfurt (Oder) war Ronny Diering, Mitglied des Kreisvorstandes.



*Herr Nord, Sie haben 2009 das Direktmandat gewonnen und den Wahlkreis im Bundestag vertreten, was wollen Sie in den nächsten vier Jahren für unseren Wahlkreis erreichen?*

In möchte gerne die begonnene Arbeit der vergangenen vier Jahre fortführen, zum Beispiel daran mitarbeiten, dass die Kinderarmut in Frankfurt (Oder) geringer wird. Außerdem ärgert es mich, dass ein bayrischer Verkehrsminister die ostdeutschen Wasserstraßen zu sonstigen Wasserwegen abgestuft und die Mittel für deren Ausbau gestrichen hat. Das trägt dazu bei, dass der Osten ein zweites Mal deindustrialisiert wird. Das muss geändert werden, da möchte ich gerne dranhängen.

*Ein zweites Merkmal Ihrer Partei DIE LINKE ist die soziale Frage, was sind ihre wichtigsten Forderungen im Wahlkampf?*

Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde. DIE LINKE hat als erste Partei einen Antrag auf einen gesetzlichen Mindestlohn in den Bundestag eingebracht. Das nun alle Parteien ernst-

# Eine starke Stimme im Parlament

**Migrantinnen und Migranten rufen auf: Am 22. September DIE LINKE wählen!**

Am 22. September wird der neue Bundestag gewählt. Wir rufen alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, Migrantinnen und Migranten auf, DIE LINKE zu wählen.

Vielen Menschen, die zum Arbeiten und Leben nach Deutschland gekommen sind, haben nicht die gleichen Rechte. Viele Menschen, deren Eltern oder Großeltern nach Deutschland gekommen sind, haben nicht die gleichen Rechte. DIE LINKE will gleiche Rechte für alle Menschen, die in Deutschland leben. Sie tritt für eine weltoffene Gesellschaft ein, für ein respektvolles Miteinander, in dem die Verschiedenheit der Menschen anerkannt wird.

DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob Menschen als „nützlich“ gelten. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft – ohne dass sie die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen müssen. Die Einbürgerung soll erleichtert werden und alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten sollen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene Wahlrecht haben.

Viele Migrantinnen und Migranten werden in Armut gedrängt: durch rassistische

Diskriminierung und durch die Politik der sozialen Ausgrenzung. DIE LINKE ist für einen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde. Sie setzt sich dafür ein, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst arbeiten und allgemein bessere Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten haben. Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, will DIE LINKE anerkennen.

Jeder und jede hat das Recht auf ein Leben frei von Armut: DIE LINKE will die Hartz-IV-Sätze kurzfristig auf 500 Euro anheben und die Sanktionen abschaffen. Jedem und jeder soll die Rente bis 1.050 Euro aufgestockt werden. Alle, die weniger als 6.000 Euro Einkommen im Monat zu versteuern haben, sollen weniger Steuern zahlen. Das kann finanziert werden, wenn die Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen wieder mehr Steuern zahlen.

Gerade in Krisenzeiten nehmen Diskriminierungen und Rassismus zu. Die beste Versicherung gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien ist: wählen gehen.

Viele Migrantinnen und Migranten haben kein Wahlrecht. Umso wichtiger ist es, dass die wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten am 22. September wählen ge-

hen und sich für ihre Rechte einsetzen! Mit der LINKEN haben wir eine starke Stimme im Parlament.

*ErstunterzeichnerInnen:*

Özlem Alev Demirel (Bundesvorsitzende Föderation Demokratischer Arbeitervereine/DIDF); Serdar Derventli (Landesbezirksvorstandsmitglied ver.di NRW); Yücel Özdemir (Journalist Tageszeitung Evrensel und Wochenzeitung Neues Leben); Erman Oran (Gewerkschaftssekretär IG BAU Köln-Bonn); Salih Uysal (Betriebsrat und Vertrauensmann Johnson Controls Bochum); Haydar Celik (Betriebsrat Rexsam Recklinghausen); Aziz Kocyigit (Fernsehjournalist Hayat TV); Hüseyin Öncü (Betriebsrat WMF Geislingen); Semra Celik (Mitglied Bezirksfrauenausschuss ver.di Köln-Bonn); Mahir Sahin (Gewerkschaftssekretär IG BAU Düsseldorf); Hayri Cakir (Mitglied ver.di-Bundesmigrationsausschuss); Tamam Sahin (Vorstandsmitglied Krefelder Alevitisches Kulturzentrum); Reza Amiri (Soziologe/tätig in der Jugendsozialarbeit); Hüseyin Kenan Aydin (Gewerkschaftssekretär); Murat Cakir; Paola Giaculli; Pazhareh Heidari (Iranian-Israeli Circle); Figen Izgin; Kadriye Karci; Inva Kuhn (Politikwissenschaftlerin); Alejandro Lecuna (Designer); Lampros Savvides; Evrim Sommer (Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin); Dr. Tanju Tügel; Jochem Visser (Historiker)

# Mehr als nur eine Wahl

„Sie (Anm.: die herrschende Klasse) wollen Kapitalismus ohne Demokratie. Wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus“ – so war es vor einigen Tagen auf einem Banner der LINKEN bei einer Großdemonstration in Hessen zu lesen. DIE LINKE ist keine Partei, welche sich mit den herrschenden Zuständen abfinden möchte, sondern Alternativen zum Bestehenden entwickeln möchte. Oder um es mit dem Parteiprogramm zu sagen: „Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere Politik. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.“

Für DIE LINKE ergibt sich aus ihrer eigenen Zielstellung eine verzwickte Situation: so möchte sie auf der einen Seite einen gesellschaftlichen Wandel, muss aber auf der anderen Seite innerhalb der bestehenden Strukturen agieren. Klar, der Kapitalismus wird durch Wahlen nicht abgeschafft. Schon gar nicht, da sich Grüne und SPD schon lange im hegemonialen Block befinden und die kapitalistische Ordnung stützen. Trotzdem ist es wichtig für DIE LINKE bei den kommenden Bundestagswahlen möglichst viele Stimmen zu bekommen. Zum einen, da so versucht werden

kann innerhalb der aktuellen Strukturen das Maximale rauszuholen und die vergangenen vier Jahre deutlich gemacht haben: Je stärker DIE LINKE desto weniger Sozialabbau traut sich die herrschende Klasse durchzudrücken. Auf der anderen Seite bedeuten viele Mandate aber auch eine größere Schlagkraft der LINKEN. Und wie wichtig dies ist haben viele Demonstrationen (Anti-Nazi-Proteste, Anti-Castor, Blockupy) gezeigt, für deren Erfolg das Engagement der LINKEN Politiker\*innen mitentscheidend war.

So gilt es bei allem legitimen Kampf um Stimmen die Zukunftsperspektive nicht aus den Augen zu verlieren. Die Verbindung von parlamentarischem und außerparlamentarischem Protest war, ist und bleibt ein Kernmerkmal der LINKEN. Eine starke LINKE im Parlament bedeutet eine starke Stimme für die Entrechteten und Ausgebeuteten. Es bedeutet für alle, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beenden und Alternativen zum Bestehenden entwickeln wollen, einen zuverlässigen Partner im Parlament zu haben. Einen Partner, welcher sich Intransparenz und Demokratieabbau mit einem großen Stoppschild in den Weg stellt. Für all das braucht es eine starke LINKE im kommenden Bundestag. Für einen gesellschaftlichen Wandel! Für die Demokratie! Für die Menschen! Mehr als eine Wahl halt.

Ronny Diering

# Syrien, Sarin und Diplomatie

In wenigen Tagen werden die UN-Inspektoren wohl bestätigen, dass in Syrien Sarin oder andere Giftgase eingesetzt wurden. Offen wird jedoch bleiben, WER dafür verantwortlich ist. Alle angeblichen Beweise für eine Täterschaft Assads oder der Rebellen sind schlechte Propaganda; auch der von den USA vorgelegte Geheimdienstbericht enthält keinen einzigen belastbaren Beleg. Kein Gericht der Welt würde auf der Basis so dünner Hinweise auch nur ein Verfahren eröffnen.

Ein militärischer Angriff von außen wäre verheerend. Er könnte auch keinen neuen Giftgasangriff verhindern. Mit Bomben ein Zeichen gegen Chemiewaffen zu setzen, ist menschenverachtend. Denn natürlich würden dabei Menschen sterben – ganz sicher nicht die Verantwortlichen des Chemieangriffs.

Richtig ist, dass ein Angriff mit Chemiewaffen geahndet werden muss. Das sind grauenvolle Waffen, ihr Einsatz ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Das muss aufgeklärt, die Verantwortlichen müssen in einem rechtsstaatlichen Verfahren bestraft werden.

Es sind in den letzten Tagen neben dem Kriegsgeschrei auch Vorschläge für diplomatische Schritte gemacht worden, zwei davon halte ich für sehr sinnvoll:

1. Sobald die Inspektoren in ihrem Bericht den Einsatz von Giftgas belegen, sollte dieser Bericht vom UN-Sicherheitsrat dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) vorgelegt werden. Der könnte dann ein

Ermittlungsverfahren einleiten. Diese Idee hat den Vorteil, dass alle einseitigen Schuldzuweisungen erst einmal hinter der Unabhängigkeit des IStGH zurücktreten müssten. Der UN-Sicherheitsrat könnte

Kerry macht den Powell.  
Obama macht den Bush.  
Und Merkel macht mit.

**Wir sagen  
Nein  
zum Krieg!**

**DIE LINKE.**

[www.100-Prozent-sozial.de](http://www.100-Prozent-sozial.de)

sofort einstimmig aktiv werden und damit ein klares Signal gegen den Einsatz von Chemiewaffen setzen, ohne einem militärischen Angriff den Weg zu ebnet.

2. Die syrischen Chemiewaffen müssen gesichert werden, damit nicht noch mehr davon in die Hände von Milizen gelangen oder von Assad eingesetzt werden können. Das geht aber nur in Kooperation mit Assad. Ein UN-Beschluss zur Sicherung der Chemiewaffen wäre momentan ein fataler

Schritt, denn er würde sofort zur Rechtfertigung einer militärischen Intervention missbraucht werden. Deshalb muss es eine pragmatische, diplomatische Lösung geben, um die Chemiewaffen jetzt so weit wie möglich aus dem Verkehr zu ziehen. Dabei kommt den engsten Verbündeten Assads, Russland und Iran, eine zentrale Rolle zu. Besonders Iran, denn dort hat sich das Grauen des Chemiekrieges tief ins kollektive Gedächtnis eingegraben, als Saddam Hussein in den 1980er Jahren Tausende iranische Soldaten mit Giftgas tötete. Und es ist Russlands ureigenes Interesse, dass islamistische Gruppierungen sich nicht an den Giftgasdepots Assads bedienen können.

Putin könnte mit Assad vereinbaren, dass die syrischen Chemiewaffen durch Russland außer Landes gebracht, gesichert und unter UN-Kontrolle vernichtet werden. Es braucht jetzt eine diplomatische Initiative des Westens, um Russland und Iran für eine solche kooperative Lösung zu gewinnen. Dabei könnte es auch Ziel – und Hebel! – sein, dass sowohl Syrien als auch Israel endlich der Chemiewaffen-Konvention beitreten.

Beide Schritte werden den Bürgerkrieg nicht beenden können, aber sie würden das Völkerrecht stärken und eine adäquate, nicht militärische Antwort auf den (vermuteten) Chemiewaffeneinsatz in Syrien geben.

Jan van Aken  
Außenpolitischer Sprecher  
der Linksfraktion im Bundestag  
(Quelle: neues deutschland, 07. September 2013)

## Tür für diplomatische Lösung geöffnet

Kann ein russischer Vorstoß einen US-Militärschlag gegen Syrien abwenden?

US-Präsident Barack Obama hat eine mögliche Abkehr von einem Militärschlag gegen Syrien in Aussicht gestellt. Er würde einen Angriff "absolut" auf Eis legen, wenn das Regime von Machthaber Baschar al-Assad seine Chemiewaffen unter internationale Kontrolle stelle, meinte Obama am Montag in mehreren TV-Interviews. Er begrüßte einen entsprechenden russischen Vorschlag als "positive Entwicklung" und nannte ihn einen möglichen Durchbruch. Obama forderte aber auch, Assad müsse zeigen, dass er ernst meine.

Jan van Aken hält "den Vorschlag, die syrischen Chemiewaffen unter internationa-

le Kontrolle zu stellen, für eine sehr gute Idee."

Russland hatte zuvor am Montag als Zugeständnis an die USA seinen engen Verbündeten Syrien auch zur Vernichtung der Chemiewaffen aufgefordert. Damaskus müsse zudem der Chemiewaffenkonvention beitreten, hatte Außenminister Sergej Lawrow gefordert. Wenn dies

helfe, einen US-Militärschlag zu verhindern, werde sich Russland bei Assad dafür einsetzen, meinte er.

"Der russische Vorschlag nach einer offenbar nur rhetorisch gemeinten Idee des US-Außenministers hat die Tür für eine diplomatische Lösung der Syrienkrise geöffnet", wertet Gregor Gysi und mahnt:

"Es muss jetzt alles dafür getan werden, damit die Beteiligten durch diese Tür gehen. Deutschland kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Merkel muss dafür jetzt ihre außenpolitische Zuschauerrolle verlassen und Stellung beziehen."

Gysi weiter: "Deutschlands Haltung ist von großer Bedeutung, um die Europäische Union auf einen Friedenskurs mit zwei Kernpunkten festzulegen: erstens eine internationale Kontrolle über alle Chemiewaffen in Syrien und zweitens ein totales und multilaterales Waffenembargo für die Region. Diese starke Lösung muss die EU offensiv gegenüber Obama vertreten, und das kann sie nicht ohne Merkels Impuls."

Jan van Aken & Gregor Gysi